Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

„Wir sind viele. Wir sind eins.“

1. Mai-Veranstaltung des DGB in Hildesheim

Thorsten Gröger,
IG Metall-Bezirksleiter
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich sehr, heute in Hildesheim bei Eurer Maikundgebung dabei zu sein. Das Wetter hat sich mittlerweile auch stark verbessert, die dicken Winterjacken können wir nun hoffentlich im Schrank lassen.

Wir stehen heute am Ersten Mai, dem Tag der Arbeit in Hildesheim. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die unter dem diesjährigen Motto „Wir sind viele. Wir sind eins.“ gemeinsam für die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eintreten.

Aber der Tag der Arbeit, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, steht für mehr:

- Für das Ringen um demokratische Mitbestimmung,
- für Völkerverständigung und Solidarität,
- gegen Menschenfeindlichkeit und Krieg, für Zusammenhalt und ein besseres Leben.

Auf diesem historischen Platz, vor dem Knochenhaueramtshaus in der Stadt des Tausendjährigen Rosenstocks und der UNESCO-Welterbe Mariendom und Kirche St. Michaelis, haben schon sehr viele Maikundgebungen stattgefunden. Diese gute Tradition setzen wir heute fort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
2017 ist das Jahr der Bundestagswahl. Wir erleben gerade unsichere Zeiten.

Brexit, Trump, anhaltende Kriege wie in Syrien, Rechtspopulismus auf dem Vormarsch in Europa, die Entwicklung in der Türkei, all` das macht uns große Sorgen.

Wir erleben auch eine krasse soziale Schieflage in Europa, eine drohende Perspektivlosigkeit der jungen Generation. Gerade der Anteil der Menschen zwischen 15 und 24 Jahren unter den Arbeitslosen ist vor allem in den südlichen Mitgliedsstaaten auffällig hoch.

In Italien liegt die Jugendarbeitslosenquote bei 38 Prozent, in Spanien bei 42,9 Prozent und in Griechenland bei 45 Prozent.

Auch in Deutschland ist die junge Generation besonders von unsicherer Beschäftigung betroffen. Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen in Leiharbeit erreicht mit einer Million Kolleginnen und Kollegen bundesweit Rekordhöhen.

Wer befristet eingestellt wird, lebt von der Hand in den Mund, lebt über Monate in Ungewissheit: werde ich übernommen? Habe ich

eine Perspektive? Werde ich, wenn es so weitergeht, im Alter in Armut rutschen?

Die Zahl der befristet Beschäftigten hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdreifacht, von 900.000 auf über 2,7 Millionen. Je jünger die Beschäftigten sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Befristung. Bei den unter Zwanzigjährigen sind bereits 41 Prozent befristet beschäftigt, in der Altersgruppe zwischen Zwanzig und Dreißig sind es bereits rund 25 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das muss aufhören. Wir sagen ganz klar: Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

Auch nicht alle, die Teilzeit arbeiten, tun das freiwillig. Über eine Million teilzeitbeschäftigte Frauen und rund eine halbe Million teilzeitbeschäftigte Männer würden gerne Vollzeit arbeiten.

Sie finden aber keine geeignete Stelle. Deswegen spüren sie die Nachteile der klassischen „Halbtagsbeschäftigung“: Nachteile beim Einkommen, bei der Karriere, bei der sozialen Sicherung. Gerade für viele Frauen ist Altersarmut damit schon vorprogrammiert.

Wir brauchen hier klare gesetzliche Regelungen, damit „halbe Arbeit“ nicht zum Dauerzustand wird und mehr Menschen die

Chance erhalten, wieder voll im Job durchzustarten, wenn sie es wünschen.

Wir wollen ein Gesetz zur befristeten Teilzeit und ein Rückkehrrecht in Vollzeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu guter Arbeit gehört: ein unbefristeter Arbeitsvertrag zu guten Tarifbedingungen, mit einem ordentlichen Einkommen, mit Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, bezahltem Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Mit der Möglichkeit, nach dem Arbeitsleben gesund in Rente gehen zu können.

Dafür setzen wir uns ein, auch dafür stehen wir heute hier, Kolleginnen und Kollegen!

Einkommen und Vermögen sind ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Der Reichtum konzentriert sich zunehmend in den Händen von ganz Wenigen.

Nach Oxfam besitzen die acht reichsten Menschen, das ist gerade mal ein Kleinbus voll, genauso viel, wie die komplette ärmere Hälfte der Welt. Diese Ungleichheit schreit zum Himmel, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch in Deutschland geht es ungleich zu, die Schere geht auch hier auseinander. In Deutschland haben 40 Prozent der Menschen kein Vermögen oder sind sogar verschuldet. Das bedeutet: ein Leben auf der Kippe, in ständiger Sorge. Wie lange behalte ich meinen Job? Hält das Auto oder die Waschmaschine, eine neue können wir uns nicht leisten. Was wird aus unseren Kindern?

Angesichts dieser Entwicklungen wundert es nicht, wenn viele Menschen Angst vor der Zukunft, Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg haben.

Rechtspopulisten nutzen diese Ängste, um Einfluss zu gewinnen und Stimmung gegen Minderheiten zu machen.

Die wachsende Ungleichheit ist der Asphalt, auf dem die Rechtspopulisten Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in die Mitte der Gesellschaft transportieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Programmatik und Äußerungen von Repräsentanten der AfD machen eigentlich klar:

- Die AfD ist keine arbeitnehmerfreundliche Partei
- Die AfD bietet keine Lösungen für gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Probleme

- Die AfD ist für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht wählbar.

Wir wissen aber, dass auch viele unserer Kolleginnen und Kollegen mit dem Gedanken spielen, AfD zu wählen – mit Blick auf die Bundestagswahl. Es hilft sicher nicht, diejenigen, die mit diesen Gedanken spielen alle sofort mit erhobenem Zeigefinger pauschal zu verurteilen oder gar als Nazis zu beschimpfen.

Wir müssen aber massiv und deutlich die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisieren, die die Menschen zu diesen Überlegungen bringen.

<u>Wir brauchen eine klare Haltung und müssen klare Kante zeigen:</u>

- Nein zu Rassismus
- Nein zu Fremdenfeindlichkeit

Und: wir müssen die gesellschaftlichen und sozialen Probleme klar benennen und Lösungen aufzeigen. Wir müssen zeigen, wo der Schuh wirklich drückt.

Wir müssen die Politik auffordern, wieder echten Gestaltungswillen zu zeigen und glaubwürdig soziale Sicherheit und Gerechtigkeit wieder nach vorne zu stellen, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben die Arbeitszeit wieder zu einem wichtigen Thema gemacht.

In Deutschland werden pro Jahr rund 2 Milliarden Überstunden geleistet. Die Hälfte davon wird noch nicht einmal bezahlt.
1 Milliarde unbezahlte Stunden, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur unanständig, das ist ein Skandal!

Nimmt man den Durchschnittslohn als Grundlage, wären das insgesamt 19 Milliarden Euro pro Jahr, die sich die Arbeitgeber in die eigene Tasche stecken dürfen. Das entspricht dem Haushaltsüberschuss des Jahres 2016: von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherung zusammen!

19 Milliarden Euro, die wir erarbeitet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, teilweise abends oder am Wochenende, auf Kosten unserer Familien, auf Kosten unserer Gesundheit, auf Kosten unserer Zeit.

Das kann so nicht weitergehen, damit muss Schluss sein. Jede Stunde, die gearbeitet wird, muss auch bezahlt werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sommer 2015, Ihr erinnert Euch sicher, gab es einen Vorstoß der Arbeitgeber zur Abschaffung des

Acht-Stunden-Tages. Stattdessen sollte eine wöchentliche Höchstarbeitszeit eingeführt werden.

Auf diese Forderung folgte eine Debatte in den Medien. Vielfach wurde dort behauptet, der Achtstundentag sei nicht mehr zeitgemäß und stünde auch den Wünschen der Arbeitnehmer nach mehr Flexibilität entgegen.

Die Arbeitnehmerseite solle doch nicht auf starren, überalterten Vorstellungen beharren. Es wird sogar behauptet, es sei im Sinne der Beschäftigten, wenn man abends nach der Tagesschau noch eilig eine Mail schreibt, nachdem die Kinder im Bett sind, oder man auch am Wochenende vom Chef angerufen werden kann. Na Super!

Ein Zugewinn an Freiheit durch entgrenztes Arbeiten, wahrscheinlich auch noch unbezahlt? Ständig online, den Blick immer auf Handy-Display gerichtet?

Berufseinsteigern wird schon jetzt in Onlineforen und Ratgebern nahe gelegt, die Bereitschaft zu „bedarfsorientierter Arbeitszeit“ mitzubringen. Das werde von ihnen erwartet, denn, ich zitiere weiter „klassische Beschäftigungsverhältnisse mit strikt geregelten Arbeitszeiten nehmen in der freien Wirtschaft ab“.

Der Wandel ist tiefgreifend, anscheinend ist Flexibilität auch eine Mentalitätsfrage und erwartete Grundvoraussetzung zur Teilhabe am Arbeitsmarkt. Zumindest stellen die Arbeitgeber das so in den Raum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht zulassen, dass die neue Generation von Arbeitnehmern sich damit abfinden soll, jederzeit – bedarfsorientiert zur Verfügung zu stehen!

Ein weiterer Kronzeuge der Arbeitgeber ist die Digitalisierung der Arbeitswelt, die eine Ausweitung der Arbeitszeit angeblich zwingend erforderlich macht. Und nicht zu vergessen, die internationale Konkurrenz, die schläft schließlich nicht, zumindest nicht dann, wenn wir hier in diesem Teil der Welt schlafen.

Flexibilisierung ist kein einseitiger Anspruch an die jederzeitige Verfügbarkeit der Kolleginnen und Kollegen. Es muss ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Beim Thema Flexibilisierung geht es uns darum, dem Wunsch der Beschäftigten nach mehr Planbarkeit und Selbstbestimmung entgegen zu kommen. Die Waage der Zeitansprüche zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist aus dem Gleichgewicht geraten. Hier müssen wir eigreifen. Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein.

Das zeigt deutlich, wie wichtig es ist, hier unsere gewerkschaftlichen Standpunkte zu vertreten und durchzusetzen! Und die falschen Entwicklungen der letzten Jahre wieder in die richtige Richtung zu drehen.

Bei den ab Herbst bevorstehenden Tarifrunden 2018 für die Metall- und Elektroindustrie und bei Volkswagen geht es nicht nur um Entgelt. Wir werden auch Forderungen zur Arbeitszeit stellen.

Dazu haben wir eine große Befragung mit rund 700.000 Beteiligten abgeschlossen. Das schärft unseren Blick natürlich nochmal, vor allen Dingen auf die Forderungen.

Es geht darum, Entlastungen für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter zu organisieren. Auch vor dem Hintergrund der älter werdenden Belegschaften. Schichtarbeit bedeutet die größte Einschränkung für Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Die Belastungen durch Schichtarbeit sind vielfältig: Körperlich, gesundheitlich, psychisch und sozial.

Der zweite Punkt betrifft den Wunsch der Beschäftigten nach mehr Souveränität über ihre Zeit. Flexibilität ist keine Einbahnstraße zulasten der Beschäftigten. Wir wollen Ansprüche zur individuellen Reduzierung von Arbeitszeit und zur Freistellung in verschiedenen

Lebensphasen. Um Prioritäten setzen zu können, zugunsten von Familie, Pflege und Qualifizierung oder individuellen Bedürfnissen.

Wichtig ist auch das Thema Mobiles Arbeiten. Jede Stunde, die gearbeitet wird, egal wo, muss erfasst und vergütet werden. Es muss Schluss sein mit unbezahlten Arbeitsstunden, die derzeit noch milliardenfach verfallen.

Unsere Arbeitszeitkampagne ist langfristig angelegt, sie weist über die kommende Tarifrunde hinaus. Wir werden hier gemeinsam am Ball bleiben.

Das gilt auch für die kommende Bundestagswahl. Da werden wir selbstbewusst und laut unsere Forderungen formulieren. Zum Beispiel beim Thema Rente.

Zwei Drittel der Beschäftigten machen sich Sorgen um ihre Alterssicherung. Selbst immer mehr Menschen, die lange gearbeitet und gut verdient haben, können wegen der Anhebung des Rentenalters und der Absenkung des Rentenniveaus nicht mehr gut von ihrer Rente leben. Brüche in der Erwerbsbiografie und Niedriglohn führen fast schon automatisch zu Armut im Alter.

Die Gründe dafür sind die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 und die Absenkung des Rentenniveaus. Eigentlich sollte es umgekehrt sein.

Das darf so nicht weiter gehen. Die Rente mit 67 war falsch und bleibt falsch. Unser Ziel lautet: „Eine Rente, die für ein gutes Leben reicht“. Wir fordern eine Umkehr in der Rentenpolitik. Einen sofortigen Stopp der Talfahrt der Renten. Wir sind heute schon bei unter 48 Prozent. Dann muss es bald wieder nach oben gehen. Auf mindestens 50 Prozent.

Und um das klar zu sagen: Das ist auch finanzierbar. Trotz der demografischen Entwicklung wird unsere Gesellschaft insgesamt von Jahr zu Jahr reicher.

Es stellt sich auch die Frage nach gerechter Verteilung. Die Zukunft der Rente, die Zukunft des Sozialstaates hat unmittelbar etwas mit einem gerechten Steuersystem zu tun: Kapitalerträge, große Vermögen und große Erbschaften müssen angemessen versteuert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Erlöse müssen als Investitionen in Infrastruktur und Bildung fließen. Deutschland ist Weltmeister im Export, aber Schlusslicht aller OECD-Länder bei den öffentlichen Investitionen.

Es kann nicht sein, dass Straßen, Brücken und Schulen verrotten und Steuerschlupflöcher für Reiche nicht dicht gemacht werden.

Eine wichtige Forderung zur Bundestagswahl ist auch die Wiederherstellung der Parität in der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Es ist weder fair noch gerecht, wenn die Kostensteigerungen im Gesundheitssystem nur von uns bezahlt und die Arbeitgeber verschont werden.

Das ist nicht gerecht, das ist nicht zielführend. Da wo die Arbeitgeber in der Selbstverwaltung der Gesetzlichen Krankenversicherung früher um jeden Ausgaben-Cent gefeilscht haben, ziehen sie sich nun bequem zurück.

Unter Solidarsystem verstehen wir etwas anderes, als über Gebühr zum Wohle der Arbeitgeber zur Kasse gebeten zu werden.
Deswegen fordern wir dir Rückkehr zur Parität.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Die Arbeitswelt steht vor gravierenden Veränderungen.
Digitalisierung, Demografie und veränderte Prozesse sind nur ein paar Stichworte. Die Automobilindustrie steckt schon mittendrin, weil sich das Auto verändert, Stichworte sind automatisches Fahren und alternative Antriebe.

Ein Elektroauto benötigt weniger Teile als ein Auto mit Verbrennungsmotor. Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen hat genau hier ihre Grundlage.

Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Wandel sozial gestalten. Damit niemand auf der Strecke bleibt. Durch eine gesetzliche Flankierung, die Sicherung und Entwicklung von Qualifikation über das gesamte Erwerbsleben hinweg unterstützt. Die auch die nötige Infrastruktur bereit hält und die Innovationsfähigkeit sichert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Wenn wir über die Bundestagswahl reden, dann müssen wir das auch im globalen Zusammenhang sehen. Für unsere exportorientierten Branchen ist freier Handel von großer Bedeutung. Aber radikal freier Welthandel hat viele Probleme und viele Verlierer verursacht.

Die Konjunktur in Deutschland läuft derzeit ordentlich rund, mit Wachstumsraten von fast zwei Prozent. Dieses Wachstum kommt – das ist erfreulich – von der Binnenwirtschaft, vor allem vom privaten Konsum.

Trotzdem sind gerade unsere Industriebranchen vom Exportgeschäft abhängig. Fast 40 Prozent aller hier produzierten Güter werden im Ausland verkauft.

Eine Wiederkehr des Protektionismus, wie sie US-Präsident Trump fordert, kann nicht die Lösung sein. Im Gegenteil: sie bedroht unseren Wohlstand und unsere wirtschaftliche Entwicklung.

Auch die Rechtspopulisten anderer Länder setzen auf Abschottung und Mauern. Wir brauchen und wollen dagegen eine offene Welt, eine offene Gesellschaft. Mit dem Austausch von Arbeitskräften, Waren und Ideen.

Die Antwort kann aber auch nicht sein: Noch mehr Freihandel. Freihandel bedeutet: die Stärke des einen ist die Schwäche des anderen. Die Überschüsse des einen Landes sind die Defizite des anderen.

Was wir brauchen, ist nicht noch mehr sogenannter „freier“ Handel, sondern mehr fairer Handel. Wir brauchen auch keine „Deals“!

Freier Handel muss fair gestaltet werden. Wir brauchen fairen Handel, der soziale Standards und gute Arbeitsbedingungen schützt. Deshalb bleibt die kritische Position der Gewerkschaften zu Freihandelsabkommen richtig.

Mit Ländern, in denen das Verbot von Kinderarbeit oder die freie Betätigung von Gewerkschaften nicht gewährleistet sind, in denen

Menschenrechte und soziale Mindeststandards nicht gelten, darf es keinen freien Handel geben.

In einer globalisierten Welt, in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, droht ohne fairen Handel der Wettbewerb um niedrige Löhne, um schlechte Sozial- und Umweltstandards.

Es ist die Aufgabe der Politik, die Globalisierung so zu gestalten, dass die Gewinne der Globalisierung allen zugute kommen – und nicht nur einer kleinen reichen Elite. Das ist dann auch die beste Politik, um rechten Menschenfängern das Handwerk zu legen.

Das Problem ist nicht die Europäische Union. Das Problem ist die Politik der letzten zwanzig Jahre, mit der sich die EU zum Vorreiter der neoliberalen Globalisierung gemacht hat.

Die Folgen sind bekannt: Lohn- und Steuerdumping, ein zerstörerischer Standortwettbewerb nach dem Motto „der billigste gewinnt, Ausbeutung und prekäre Arbeit, Verlagerung von Arbeitsplätzen, Aushöhlung sozialer und ökologischer Standards.

Die europäische Idee sieht anders aus. Sie bedeutet Frieden, Wohlstand, sozialen Fortschritt und gemeinsamer Kampf gegen Armut. Gemeinsame Ziele von Staaten, die sich vor nicht allzu

langer Zeit in zwei blutigen Weltkriegen gegenseitig bekämpft haben.

Aber von diesen gemeinsamen Zielen ist heute nicht mehr viel zu erkennen. Statt Gemeinsamkeiten sehen wir Kleinstaaterei und nationale Egoismen.

Kein Europa ist nicht die Lösung. Wir brauchen ein anderes, ein faires, ein solidarisches, ein soziales Europa. Das brauchen wir mehr denn je.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Danke für Eure Aufmerksamkeit.